



Gegen grenzenlosen Beschäftigungsabbau und profitgetriebene Verlagerungen

Unternehmen und Politik in die Verantwortung nehmen!

Nach mehr als sechs Streikwochen ging der Arbeitskampf bei **AEG** in Nürnberg Anfang März 2006 mit einem Kompromiss zu Ende. Der Erhalt der 1700 Arbeitsplätze bei AEG in Nürnberg ist an der rigorosen und verbohrtten Haltung des Elektrolux Managements gescheitert. Der Elektrolux Vorstand hat dem vorhandenen, tragfähigen wirtschaftlichen Konzept zur Sicherung des Standorts keine Chance gegeben.

Dennoch war der Kampf der AEG-Belegschaft ein Erfolg! Ihrer Entschlossenheit und Kampfbereitschaft ist es zu verdanken, dass dem Unternehmen angemessene Abfindungen, eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft sowie Pensionsregelungen für Ältere abgerungen werden konnten.

AEG ist kein Einzelfall. Auch Namen wie **Continental** oder **Otis** stehen für eine Strategie der Werksverlagerung und Arbeitsplatzvernichtung trotz schwarzer Zahlen. Und: Seit dem 21. Februar streiken auch die Kolleginnen und Kollegen der **CNH** Baumaschinen GmbH in Berlin für einen Sozialtarifvertrag und setzen damit ein Zeichen für Menschenwürde und gegen Konzernwillkür. Auch sie brauchen unsere Solidarität!

So kann - so darf es nicht weitergehen! Grenzenloser Beschäftigungsabbau und profitgetriebene Verlagerungen ruinieren die Zukunftsperspektiven ganzer Regionen, aber auch öffentliche Sozialsysteme und Haushalte.

Auch wenn die Bereitschaft der Betroffenen wächst, sich gegen Sozialkahlschlag und Unternehmenswillkür zur Wehr zu setzen, dürfen die Unternehmen und die Politik nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Zu oft verstecken sich gewählte Politiker hinter angeblichen Globalisierungszwängen und den Unternehmen werden Produktionsverlagerungen viel zu leicht gemacht.

Der Beirat der IG Metall fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich für den Erhalt und Aufbau wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in Deutschland und eine Beteiligung der Unternehmen an den gesellschaftlichen Folgekosten von Produktionsverlagerungen einzusetzen. Die Betroffenen haben ein Recht auf Unterstützung!

In diesem Sinne fordert die IG Metall die *Einführung eines Ausgleichs für Beschäftigungsabbau und Verlagerungen („Ausgleichs- oder Verlagerungsabgabe“)*! Eine Verlagerungsabgabe wäre eine marktkonforme Maßnahme, die Verlagerungen verteuert und dadurch Standortsicherung zu einer attraktiven Alternative werden lässt.

Eine solche Verlagerungs- oder Ausgleichsabgabe soll:

- die Beteiligung der Unternehmen an den gesellschaftlichen Kosten der Verlagerung und die Entschädigung der Verlagerungsverlierer sicherstellen;
- nicht auf Sozialplan- und Interessenausgleichsleistungen angerechnet werden und vor allem für überbetriebliche Arbeits- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zur Verfügung stehen;
- mit lokalen, regionalen und arbeitsmarktpolitischen Fördermitteln kombiniert und zur Schaffung neuer Beschäftigung, zur Qualifizierung von Arbeitslosen, zur Mitfinanzierung überbetrieblicher Beschäftigungsgesellschaften und regionaler Entwicklungskonzepte eingesetzt werden;
- sich an den gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit (23.000 Euro je Person/Jahr) sowie an den Kosten für Beschäftigungsgesellschaften (rund 60.000 Euro je Person/Jahr) orientieren.

Für ein wachstums- und beschäftigungspolitisches Gesamtpaket!

Eine solche Ausgleichs- oder Verlagerungsabgabe bedarf der Einbettung in ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Gesamtpaket. Die IG Metall fordert deshalb insbesondere:

- Höhere öffentliche Investitionen und verteilungsgerechte Löhne müssen die deutsche Wirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad bringen.
- Eine effektive Forschungs- und Innovationsförderung und eine aktive regionale Beschäftigungspolitik müssen den Strukturwandel und zukunftsfähige Arbeitsplätze fördern.
- Eine harmonisierte europäische Steuerpolitik muss den Steuersenkungswettlauf beenden, der als Anreiz für Produktionsverlagerungen wirkt und zum Ausbluten der öffentlichen Haushalte führt.
- Öffentliche Subventionen müssen an positive Beschäftigungsbilanzen gekoppelt und im Verlagerungsfall zurückerstattet werden.
- Öffentliche Anreizsysteme aus nationalen oder EU-Mitteln, die Produktionsverlagerungen begünstigen, sollten abgeschafft werden
- Der neue „Europäische Globalisierungsanpassungsfonds“ muss auch für kollektiv organisierte beschäftigungspolitische Maßnahmen auf kommunaler und regionaler Ebene - u.a. für Beschäftigungsgesellschaften - zur Verfügung stehen.

**Es geht um die Zukunft ganzer Regionen und Generationen -
deshalb muss jetzt gehandelt werden!**